

**Freie
Demokraten**

FDP

**Essen
kann es
besser.**

**Unser Essener
Bürgerprogramm 2020**

Freiheiten schaffen

Eigeninitiative fördern

Zukunftsfähigkeit gestalten

für Essen.

I. Essen braucht beste Bildung, Betreuung und Erziehung für unsere Jüngsten.

Bildung muss über alle Lebensabschnitte hinweg als **ganzheitlicher Prozess** gesehen werden: Frühkindliche Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung gehören zusammen. Wir wollen, dass alle Kinder **realistische Chancen** haben, um damit in die Lage versetzt zu werden, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten zu können. Kinder- und Jugendpolitik ist für die FDP **Zukunftspolitik**.

1. Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern

Die FDP tritt dafür ein, dass den Elternwünschen folgend ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Betreuungsangebot geschaffen wird.

Wir wollen eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**: Die heutigen Betreuungszeiten müssen der Realität einer modernen Arbeitswelt angepasst werden. Fernab der klassischen Modelle müssen Eltern auch Angebote vorfinden, die außerhalb von Kernarbeitszeiten liegen. Bisher ist nur ein marginaler Teil der Träger dazu in der Lage, **bedarfsgerechte Betreuungsangebote** vorzuhalten. Das möchten wir ändern. Daher sollen besondere Anreize für diejenigen Träger geschaffen werden, die eine Betreuung außerhalb der Kernzeiten zur Verfügung stellen. Mehr Flexibilität wollen wir ferner durch ein Kitaplatz-Sharing ermöglichen.

Wir möchten **qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote** dadurch schaffen, dass unter den Trägern ein Wettbewerb um beste Konzepte entsteht. Daher halten wir an der in Essen gelebten Praxis der Trägerpluralität fest. Eltern sollten selbstbestimmt die bestmögliche frühkindliche Förderung für ihre Kinder wählen können. Die Freien Demokraten werden Eltern nicht bevormunden: Für uns sind **sowohl Kindertagespflege als auch Kita** gleichberechtigte Modelle der Kinderbetreuung. Wir erwarten professionelle Standards für alle Betreuungsformen. Frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung sind zu wichtig, um ideologisch besetzt zu werden.

Essen braucht ebenso einen **quantitativen Ausbau** im Kitabereich: Noch immer fehlen in Essen rund 2.500 Kindergartenplätze. Wir möchten, dass alle Eltern, die dies wünschen, ein passendes wohnortnahes Betreuungsangebot vorfinden. Damit dies gelingt, müssen Verwaltungsstrukturen effizienter werden und die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden.

Beim Kitaausbau müssen neue Wege beschritten werden: Wir möchten es auch kleineren Unternehmen ermöglichen, mit Betriebskindergärten eigene und passgenaue Betreuungsangebote zu schaffen. Hierfür soll es seitens der Stadt ein besseres Beratungs- und Unterstützungsangebot geben, welches es jedem Arbeitgeber ermöglicht, betriebliche oder betriebsnahe Betreuungsangebote zu schaffen.

Die FDP setzt sich für die Durchführung effektiver Präventionsangebote ein. Hierdurch kann unter anderem der enge Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft aufgelöst werden. Leider ist es bisher die Strategie der Stadt Essen, mit teuren, reaktiven und ungeprüften Programmen der Ungleichheit von Bildungschancen entgegenzutreten. Daher will die FDP die Angebote stärken, welche es jungen Menschen ermöglichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Bildungsaufsteiger zu werden. Die städtischen Angebote im Bereich Kinder- und Jugendarbeit wollen wir auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Zukünftig soll es in Essen eine ausreichende Anzahl an nachprüfbar erfolgreichen Bildungsangeboten geben, welche es allen jungen Menschen ermöglichen, beste Chancen für einen selbstbestimmten Lebensweg vorzufinden.

Ihre Stimme
für
mehr
Kitas.

2. Schulische Leistung fordern und fördern

Wir Freie Demokraten stehen wie keine andere Partei für modernste Bildungschancen für unsere Kinder.

Wir wollen die vielfältige Schullandschaft erhalten und in ihrer Qualität weiter ausbauen, um somit ein Höchstmaß an individueller Förderung für unsere Kinder zu ermöglichen. Die FDP steht daher zu einem **differenzierten Angebot an Schulformen** und Schulstandorten und fördert auch den **Wettbewerb** zwischen den Schulen.

Die **freie Schulwahl** hat sich bewährt. Eltern brauchen ein optimales Auswahlangebot an allen Schulformen. Auch **kleinere schulische Einheiten** sollen daher **erhalten** bleiben, wenn sie in ihrem Stadtteil in Anspruch genommen werden. Wo sinnvoll, kann auch das Prinzip eines „Bildungscampus“ umgesetzt werden. Hier werden verschiedene Schulen infrastrukturell zusammengelegt.

Die demographische Entwicklung in Essen erfordert eine **Bildungsplanung zur Stabilisierung des Angebotes an weiterführenden Schulen im differenzierten System**. Die Neugründung von **Sekundarschulen** lehnt die FDP ab. Der Bezug zur betrieblichen Praxis muss insbesondere in Schulformen der Sekundarstufe I verstärkt werden. Wir fordern die Stärkung von Haupt- und Realschulen mit ihrem berufs- und ausbildungsorientierten Angebot. Daher wollen wir Modelle fördern und ausbauen, die eine regelmäßige **Verzahnung von Schule und Betrieb** vorsehen.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass Schulen flächendeckend **moderner und digitaler** werden und mehr **Talentschulen** in unserer Stadt entstehen. Wir möchten ein Talentkolleg zur Förderung von Schülern in Essen auf den Weg bringen.

Den einseitigen Blick auf die Gesamtschulinfrastruktur lehnen wir ab. Wir fordern daher eine Schulraummodernisierung für alle Standorte, an denen Bedarf besteht. Diese Neubauoffensive muss alle Schulformen gleichberechtigt im Fokus haben, es darf ebenso keine Priorisierung nach Sozialindex erfolgen.

Wir Freie Demokraten fordern die Stärkung der Schulsozialarbeit insbesondere beim Erlernen der deutschen Sprache sowie in den Übergängen. Kinder müssen schulfähig gemacht werden und benötigen dafür eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule. Dies setzt eine enge Abstimmung von Jugendhilfe und Schulamt voraus.

Die Stadt Essen als kommunaler Schulträger steht in der Verantwortung, moderne und hygienisch **einwandfreie Gebäude** bereitzustellen. An unseren Schulgebäuden bestehen jedoch teilweise erhebliche Mängel. Wir werden daher eine **Gebäudesanierungs- und Serviceoffensive** starten und die maroden Schulgebäude in Stand setzen, um eine Umgebung zu schaffen, in der Lernen Spaß macht. Hier gilt es auch zu prüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit zwischen Kommune und Privatunternehmen unter Einsatz des sogenannten PPP-Modells (Public-Private-Partnership) zu einem besseren, professionellen Servicemanagement für den Schulbetrieb und zum Vorteil für die Lehrer, Eltern und Schüler führen kann.

Jedem Kind muss ein Bildungsabschluss ermöglicht werden, der seinen **Begabungen** und seinem **Fleiß** entspricht. Hierfür kann es notwendig sein, finanzielle Mittel für bedürftige Kinder auch durch **Sachleistungen** zu ersetzen und damit die alleinige Verfügungsgewalt der Eltern einzuschränken, um Freiheitsmöglichkeiten der Kinder zu schaffen. Wir fordern eine den aktuellen und standortbezogenen Bedürfnissen entsprechende Anpassung des Durchschnittsbetrags und des Eigenanteils zur Beschaffung von Lernmitteln für den Bereich Grundschule.

Die passgenaue Förderung der **individuellen Fähigkeiten** jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel. Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist die Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und damit das Fundament unseres Bildungskonzepts. Dazu müssen Bedingungen geschaffen werden, um bereits im Vorschulalter möglichst individuelle und effektive Sprachförderungen zu betreiben.

**Modernste
Bildung.**

Hochwertige Bildungsinhalte können nur durch einen qualitativ guten Unterricht vermittelt werden. Hierfür müssen den Schulen die nötigen Mittel bereit gestellt werden, um ihre Fachräume für Naturwissenschaft, Bildende Kunst und Musik sowie die Sporthallen entsprechend ausstatten zu können. Neueste **Multimedia- und IT-Ausstattung** ist Voraussetzung, um einen modernen Unterricht zu gewährleisten. Gerade in den Berufsschulen, wo Fächer wie Datenverarbeitung und Organisationslehre unterrichtet werden, herrscht diesbezüglich ein großes Defizit. Zur Stärkung der digitalen Infrastruktur fordern wir die Einrichtung von sogenannten „digitalen Hausmeistern“. Diese sollen für eine oder mehrere Schulen, die Verantwortung für die Installation und Instandhaltung der digitalen Infrastruktur tragen. Wir als FDP wollen zukunftsorientierte Politik betreiben und es den kommenden Generationen ermöglichen, ihre Chancen und Potentiale optimal auszuschöpfen – auch mit Unterstützung durch **Sponsoring**. Die FDP will besondere schulische Leistungen fördern. Dazu gehören **spezialisierte Angebote** für Hochbegabte und Zweisprachigkeit.

Ganztagsangebote müssen **bedarfsgerecht** für alle Schulformen weiter ausgebaut werden. Das Modell Ganztagschule darf dabei jedoch nicht zur Pflicht werden (**kein Zwangsganztag**). Die Schulen sollen die Möglichkeit bekommen, die Träger des offenen Ganztags frei wählen zu dürfen. Durch diese Wettbewerbssituation sollen gute Bildungsangebote statt Verwahrangebote entstehen. Für ein vielfältiges und qualitativ ansprechendes Angebot brauchen wir auch die Mitwirkung Ehrenamtlicher sowie engagierter Eltern.

Bei der **schulischen Inklusion** sind große pädagogische wie finanzielle Herausforderungen für die Stadt Essen zu erwarten. Im Schulbereich setzen wir bei der Inklusion auf **Qualität** statt auf Tempo. Schulen und Lehrer müssen optimal vorbereitet werden, um Kinder je nach ihrem Förderbedarf bestmöglich zu unterstützen. Um Wahlmöglichkeiten für Eltern zu sichern, wollen wir ein Angebot qualifizierter **Förderschulen** der unterschiedlichsten Förderschwerpunkte in erreichbarer Nähe schaffen. Hier findet ein engagierter, spezialisierter Unterricht mit einem Höchstmaß an individueller Förderung statt, den es zu erhalten gilt.

Auch das „Auffangen“ von Schulabbrechern liegt uns am Herzen. Wir wissen um die sozialen und ökonomischen Folgen eines Bezuges von Sozialhilfemitteln bereits in jungen Jahren und achten daher darauf, möglichst individuell zu agieren. Dazu muss das Werkstattjahr unter dem Leitmotiv des „Individual-Coachings“ weiterentwickelt werden. Auch das Begleiten des Zweiten Bildungsweges durch Sozialarbeiter, die zum Beispiel in regelmäßigen Evaluationsgesprächen auf die Teilnehmer eingehen sollen verstärkt werden.

3. Ausbildung, Kinder- und Jugendsozialarbeit stärken

Bei der sozialpädagogischen Betreuung und den Hilfen zur Erziehung setzt die FDP Essen auf die nachhaltige Wirkung **präventiver Angebote**. Daher sind der **Ausbau der Sprachförderung im Elementarbereich** sowie die **Weiterentwicklung bewährter Arbeitsprogramme** unumgänglich, um Kindern und Jugendlichen diejenige Unterstützung zukommen zu lassen, die sie für eine eigenständige, erfolgreiche Lebensbiographie benötigen. So bietet beispielsweise ein **freiwilliger Babybesuchsdienst** die Möglichkeit einer effektiven Präventionsarbeit vor Ort.

Damit die Hilfe dort ankommt, wo diese benötigt wird und zum Wohle des Kindes beiträgt, müssen alle Maßnahmen **regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden**. Die FDP wird auch in Zukunft den Mut haben, nicht Wirksames auslaufen zu lassen, kostenintensive Hilfsprogramme kritisch zu hinterfragen und die nachhaltige Wirkung von Hilfemaßnahmen einzufordern. Es ist viel besser, Familien dort zu unterstützen, wo die Hilfe auch tatsächlich ankommt, anstatt Gelder in ineffizienten und undurchsichtigen Scheinhilfesystemen versickern zu lassen.

Wir brauchen eine umfassende **Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsreife** für alle Essener Jugendlichen. Sinnvolle Landesprogramme werden wir mit der Jugendberufsagentur und der Jugendberufshilfe umsetzen. Die FDP ermuntert alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, für eine bessere Lehrstellenangebotsituation auch **über den eigenen Bedarf auszubilden**.

Häuslichen Erziehungsdefiziten wirken wir mit Elternbildung sowie mehr Schulsozialarbeitern und einem leistungsfähigen **schulpsychologischen Dienst** entgegen. Mobbing kann Bildungskarrieren und die psychologische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig schädigen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Experten der Mobbing-Prävention in Essener Schulen zusammenarbeiten, um diesem Problem kontinuierlich entgegen zu wirken.

4. Hochschule und Wissenschaft attraktiv gestalten

Essen braucht ein **attraktives Hochschulangebot** für wissenschaftliche **Innovationen**, für eine Forcierung des Strukturwandels und damit auch neue Beschäftigungsperspektiven in unserer Stadt. Wir wollen eine staatliche Hochschule, die im Ansehen bei Rankings steigt. Dazu bedarf es einer engeren Kooperation mit der Essener Wirtschaft. Vorhandene Angebote der **Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft** sowie von Schule und Hochschule sollten professioneller gefördert und kommuniziert und wo sinnvoll ausgebaut werden. Dies soll insbesondere Kooperationsprogramme von Start-ups und der Universität umfassen.

Der Bau- und Modernisierungsbedarf ist kontinuierlich durch das Land zu erledigen. Außerdem ist der Parkplatzmangel auf und im Umfeld des Campus bedarfsgerecht zu beheben. Auch **private Hochschulangebote** wie die FOM sind von großer Bedeutung für einen vielfältigen Wissenschaftsstandort Essen.

5. Stärkung der örtlichen Sportvereine

Wir werden die Freizeitqualität unserer Kommune erhalten und ausbauen, denn attraktive Sport- und **Freizeitmöglichkeiten** machen unsere Kommune lebenswert und sind als weicher Standortfaktor wichtig für die Neuansiedlung von Unternehmen und den Zuzug von Bürgern.

Sport bietet eine wichtige Abwechslung im Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen Gesundheitsvorsorge, dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners. Wer Sport treibt, hat oft eine höhere **Lebensqualität**. Die FDP setzt sich daher für die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen ein. Bei der Planung von Sport- und Freizeitstätten ist eine Zusammenarbeit benachbarter Kommunen sinnvoll, um eine möglichst hohe Auslastung und ein breit gefächertes Angebot zu gewährleisten.

**Ehre den
Ehren-
ämtern.**

Kommunale und von Vereinen getragene private **Sportstätten** ergänzen sich wechselseitig in der Essener Angebotslandschaft. Die FDP will private Investoren ermutigen, in Sportstätten zu investieren und auch neue zu errichten. Dazu werden wir dafür sorgen, dass die Genehmigungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung unkomplizierter und pragmatischer werden. Auch hier können PPP Modelle bei der Errichtung staatlicher Sporteinrichtungen verwendet werden.

Die Kinder- und Jugendarbeit der Sportvereine muss aus der Sicht der FDP gestärkt werden. **Sportvereine** leisten einen wertvollen Beitrag in diesem Bereich. Durch sie werden Kinder und Jugendliche in ihrer gesundheitlichen Entwicklung gefördert, die Integration von Minderheiten gelebt und das Sozialverhalten eingeübt. Die FDP setzt sich daher für Partnerschaften von Sportvereinen, Schulen und kommunalen Institutionen ein. Sportvereine sind ein unverzichtbarer und gleichberechtigter Partner für die Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke. Die Freien Demokraten betonen, dass E-Sport ausdrücklich auch Sport ist. Hier wünschen wir uns das E-Sport-Veranstaltungen und Turniere auf Essener Boden durchgeführt werden und zur Attraktivität der Stadt beitragen.

Wir halten an dem beschlossenen Bäderkompromiss zur Ertüchtigung der Essener Bäderlandschaft fest. Unser Hauptaugenmerk künftiger Prioritätensetzungen gilt den Investitionen zur Modernisierung des Essener **Grugabades**. Hierbei muss eine Ganzjahresnutzung beispielsweise des Sportbeckens ermöglicht werden, um das Angebot für die Essener Bevölkerung attraktiver zu gestalten. Zur verbesserten Finanzierung wünschen wir uns zudem kreative Sponsoringmodelle für Sportstätten.

Die FDP spricht sich für die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region zur Ausrichtung der **Olympischen Spiele 2032** aus. Die bereits vorhandene Sportstätteninfrastruktur bietet eine ideale Voraussetzung dafür. Auf Basis der guten Argumente streben wir eine Volksbefragung an und werben politisch für deren positiven Ausgang.

II. Wir machen Essen zu einer starken, lebenswerten und mobilen Stadt der Zukunft.

Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass unsere Kinder nicht die Altlasten einer verfehlten Verschuldungspolitik tragen und mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen. Zukunftspolitik ist **generationengerechte Haushaltspolitik**.

1. Die ‚Marke Essen‘ entwickeln

Essen nimmt im Rahmen der Metropole Ruhr eine **Führungsrolle** ein. Um die Marke Essen deutlicher aufzuzeigen, sind neben der touristischen Sicht des Labels „Visit Essen“, das auf Kultur- und Freizeitangebote setzt, auch die wirtschaftlichen Potentiale unserer Stadt stärker in den Blick zu nehmen. Als Gesundheitsstandort mit internationalem Prestige, Messestandort und Hauptsitz renommierter Unternehmen bietet Essen ideale Rahmenbedingungen für Wachstum und Fortschritt. Die Marke Essen vereint die bislang separat geführten Marketingkonzepte. Die FDP setzt sich für einen gesamtstädtischen Gesundheitsstandort ein. Dafür ist auch eine adäquate Gesundheitsvorsorge im Essener Norden unverzichtbar.

2. Schuldenbremse und Schuldenabbau unbedingt realisieren

Nach dem drastischen Corona-Einschnitt gilt es, die Wirtschaft wieder zu entfesseln, damit Wohlstand und Wachstum wieder erwirtschaftet werden können. Die Corona-Pandemie hat uns alle unvermittelt getroffen. Sie hat nicht nur große Auswirkungen auf das private und gesellschaftliche Leben, sondern vor allem auf die wirtschaftliche Existenz vieler Bürger und Betriebe. Zur wirtschaftlichen Wiederbelebung und Existenzsicherung müssen private Investitionen unbürokratisch und rechtssicher ermöglicht sowie zeitlich vorgezogen werden. Die Stadt Essen sollte daher mit einem **Entfesselungsimpuls** alles unternehmen, um neue wirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen und anzuregen. Lange Genehmigungsverfahren, unverhältnismäßige Auflagen oder Beschränkungen müssen der Vergangenheit angehören und schnellen digital unterstützten Entscheidungs- und Bewilligungsprozessen weichen.

Gelder, die ausgegeben werden sollen, müssen zunächst einmal erwirtschaftet werden. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Essen ist von zentraler Bedeutung, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu fördern – jetzt erst recht. Wir unterstützen Maßnahmen und Projekte, die die lokalen Unternehmen, Einzelhandel, Gastronomie und Vereine stärken. **Zukunftsinvestitionen** wollen wir insbesondere in den Bereichen Wohnungsneubau, Verkehrswegebau und Straßensanierung sowie bei Innovationen und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur anregen und ermöglichen. Öffentliche Investitionen müssen in die Bereiche fließen, wo sie kurzfristig helfen und langfristig Wirkung erzielen.

Öffentliche Aufgaben werden wir generationengerecht finanzieren: Wir brauchen gerade auch im Interesse der jungen Generation eine Politik, die rechnen kann. Eine solide Finanzpolitik schafft überhaupt erst die Voraussetzungen, um in einer Krise über eigene **Handlungsfähigkeit** zu verfügen. Es ist zwingend notwendig, eine Spirale zu verhindern, in der wegbrechende Steuereinnahmen zu Steuererhöhungen führen und damit den Unternehmen dringend nötige Liquidität entziehen. Essen braucht im Gegenteil eine **kommunale Steuerbremse** niedrigere kommunale Steuern und Abgaben, um attraktiver für die Ansiedlung von Bürgern und Betrieben zu werden. Den Hebesatz für die **Gewerbesteuer** werden wir auf maximal 440 Punkte absenken und bei der bevorstehenden **Grundsteuerreform** auf strikte Aufkommensneutralität setzen. Keinesfalls darf die Systemumstellung für eine heimliche Steuererhöhung genutzt werden. Der Hebesatz auf die Grundsteuer soll die nächsten Jahre nicht über 700% betragen dürfen. Gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen durch die Corona-Krise erachten wir deutliche kommunale Steuererhöhungen für falsch. Die Höhe von Steuern und Abgaben gehört jährlich auf den **Prüfstand** und vom Stadtrat transparent im Vergleich zu anderen Kommunen debattiert. In diesem Zuge stehen wir Freie Demokraten

Bagatellsteuern, wie der Hundesteuer kritisch gegenüber. Wir fordern die sofortige Abschaffung. Im Gegenzug sollen Verstöße gegen Sauberkeitsregelungen höhere Strafen bei den Hundehaltern nach sich ziehen. Das Motto lautet: „Hohes Vertrauen in die Bürger, hohe Strafen bei Verstößen“.

Haushaltssanierung ist die wichtigste Zukunftsfrage der **höchstverschuldeten Stadt** Deutschlands. Auf jeden Einwohner entfällt statistisch eine anteilige durchschnittliche Schuldenbelastung von über 11.500 Euro. Der komplette **Schuldenstand** der Stadt Essen hat bereits vor der Corona-Krise zum 31. März 2020 insgesamt 6,8 Mrd. Euro betragen. Diese setzen sich zusammen aus expliziten Schulden in Höhe von 3,2 Mrd. Euro (Kassenkredite und Investitionen) sowie impliziten Schulden von 3,6 Mrd. Euro (nicht gedecktes Eigenkapital bei Beteiligungsgesellschaften und öffentliche Pensionsverpflichtungen). Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Solide Haushalte sind vor allem auch ein **Gebot der Generationengerechtigkeit**. Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe **Schuldenberge** zu hinterlassen.

Wir sanieren Haushalte durch Sparen, also durch **weniger Ausgaben**. Wir erhöhen Einnahmen durch **wirtschaftsfreundliche Politik**, die Arbeitsplätze schafft, und **setzen nicht auf Steuer- oder Abgabenerhöhungen**. Gleichzeitig senken wir so unsere Sozialausgaben. Und wo es mehr Arbeitsplätze gibt, dort sprudeln auch höhere Steuereinnahmen.

Die Schuldenberge sind so hoch, dass es uns das finanzielle Genick brechen wird, wenn die Zinsen für unsere Kredite auch nur geringfügig steigen. Hauptursache für diesen bedrohlichen Schuldenberg ist, dass Bund und Land den Kommunen Pflichtaufgaben übertragen haben, ohne sie mit dem dafür notwendigen Geld zu versorgen. Allerdings wird auch in Essen oft leichtfertig zu viel Geld ausgegeben – Geld, das wir nicht haben und das uns nicht gehört, das Geld unserer Kinder und Enkel. Liberale Kommunalpolitik ist daher vor allem auch **Entschuldungspolitik**.

Die FDP ist bei der Entschuldung allein an Sachargumenten interessiert und nicht ideologisch verhaftet. Es stellt für uns eine Verpflichtung dar, sparsam und verantwortungsbewusst mit dem Geld der Bürger umzugehen. Unsinnige ideologiegetriebene Ausgaben wie die Preisverteuerung durch Ökostromzertifikate müssen daher sofort verhindert werden.

Freiwillige Leistungen müssen zurückgefahren und Aufgaben im **Benchmarking** mit anderen Städten überprüft werden. Wir können vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist, sondern nur das, was in unserer Kommune wirklich notwendig ist. Wir müssen die konsumtiven Ausgaben vor Ort deutlich zurückfahren, um in Zukunft noch investive Ausgaben tätigen zu können. Daher setzen wir **Prioritäten**: Vorrang hat, was Bildung und Arbeit schafft.

Investive und konsumtive Ausgaben, die den Standort stärken, werden gefördert. Ausgaben ohne Potential für die Zukunft werden nach Möglichkeit zurückgefahren. Die FDP tritt dafür ein, alle Ausgaben immer wieder kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Dies erfordert eine umfassende und ständige **Aufgabenoptimierung** mit dem Ziel einer Konzentration auf das Wesentliche. Der Aufbau einer konsequenten Shared Service Center-Strategie hilft beispielsweise, Kosten zu minimieren und Synergien innerhalb des Konzerns Stadt zu heben. Mit uns werden **Shared Service-Potentiale** in der Kernverwaltung und den Beteiligungsunternehmen zu Haushaltskonsolidierern. Wir fordern ein gemeinsames kommunales **Beschaffungsmanagement** der Ruhrgebietsstädte zur Kostenreduzierung.

Die **Sozialausgaben** belasten unsere Stadt immer mehr. Daher hat der Bund eine höhere Beteiligung an den stark gestiegenen Sozialleistungen eingesehen und beschlossen. Dies bietet der Stadt Essen die Chance einer effektiven Haushaltsverbesserung, wenn die zusätzlichen Bundesmittel nicht sofort für eigene neue soziale Ausgaben der Stadt wieder verausgabt werden.

Der Staat ist nicht automatisch der bessere Unternehmer. Über viele Jahre hinweg haben die anderen Parteien unverzichtbare Vorschläge der FDP zur **Haushaltskonsolidierung** abgelehnt, wie beispielsweise einen seinerzeit profitablen Verkauf der RWE-Aktien, deren realistische Bewertung heute einen gigantischen Abschreibungsbedarf

auslöst, und statt dessen die Verstaatlichung vorangetrieben (Steag). Dies sind alles schwere Fehler gewesen. Auch Einsparungspotentiale wurden nicht genutzt. Das städtische Grundstücks- und Gebäudemanagement muss professionell aufgestellt sein, um positive Erlöse für den Stadthaushalt zu erzielen.

Dem aufgebauten Wildwuchs von städtischen Unternehmen und **Beteiligungen** muss begegnet werden. Wir fordern eine klare Minimierung städtischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen in den kommenden Jahren, damit nicht länger Finanzmittel gebunden werden, die an anderer Stelle wie zum Beispiel im Bildungsbereich fehlen. Wir fordern deshalb, dass diese Gesellschaften und Beteiligungen komplett auf den Prüfstand gestellt und von einer neutralen Organisation dahingehend untersucht werden, ob sie für die öffentliche **Daseinsvorsorge** überhaupt benötigt werden. Der Verkauf ist vorrangig für den Schuldenabbau zu verwenden.

Das größte Einsparvolumen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes liegt in der dringend erforderlichen Gleichbehandlung der Kernverwaltung und der zahlreichen städtischen Gesellschaften. Die rund **70 Gesellschaften müssen dringend Personal und Sachkosten reduzieren**. Überall wo es möglich ist, müssen Gesellschaften aufgelöst oder in Dachgesellschaften zusammengelegt werden. Unser Ziel ist dafür eine **Halbierung** bis Ende der nächsten Ratsperiode. Zur Einbahnstraße vom öffentlichen Haushalt in die kommunale Gesellschaft muss die Gegenseite zurück in den städtischen Haushalt eröffnet werden.

3. Digitale, moderne und effiziente Verwaltung

Die FDP erwartet die konsequente Umsetzung einer „digitalen Kommune“ Essen. Die Freien Demokraten fordern daher die digitale **Transformation unserer Kommunalverwaltung** zur Bündelung der Kompetenzen und der Angebote in die Smart City Essen. Die **Digitalisierungsstrategie** der Verwaltung wird hierfür ganzheitlich, unbürokratisch und bürgernah betrieben.

In unserer gewachsenen Demokratie gibt es nicht zu wenige, sondern zu viele Gesetze, Regelungen und Vorschriften. Wir Liberale setzen uns dafür ein, überflüssige Regeln abzuschaffen. Deswegen werden wir weiterhin Satzungen durchforsten und jede unnötige Vorschrift abschaffen. Zusätzliche Einsparungen sind durch effizienteren und effektiveren Ressourceneinsatz sowie eine konsequente Entbürokratisierung und Verwaltungsstrukturreform zu realisieren. Unser Ziel ist dabei eine schlanke, aber handlungsfähige Verwaltung als Standortfaktor, die finanzielle Mittel und Personal grundsätzlich an konkreten Bedarfen orientiert einsetzt – vor allem dort, wo sie Bürger und Unternehmen am meisten brauchen.

Aufgrund des massiven demographischen Wandels muss die Stadt weiterhin die Ausbildung qualifizierter und motivierter **Nachwuchskräfte** vorantreiben und im Wettbewerb mit anderen Kommunen die besten Köpfe gewinnen sowie dauerhaft an sich binden.

Die Verwaltungseffizienz wird durch eine stärkere interkommunale Kooperation in der Ruhrregion erhöht. Wir sind für die Zusammenlegung bestimmter Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Verwaltung im Rahmen der **interkommunalen Zusammenarbeit**. Denn das führt zu Kostensenkung, Effizienzsteigerung und einer Bündelung von Wissen.

Jede neue Aufgabe sollte dahingehend auf den Prüfstand kommen, ob sie wirklich notwendig ist. Kurze Entscheidungswege sparen bei allen Beteiligten nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Nerven. Die FDP will eine **bürger- und serviceorientierte Verwaltung**. Verwaltungsangestellte sollten nicht unter starren Vorschriften leiden, sondern im Arbeitsalltag pragmatisch und unbürokratisch handeln können.

**Internet
und zwar
überall.**

„Open Government“ führt zu mehr Transparenz und Teilhabe. Die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik soll durch den Einsatz von Internet und modernen Kommunikationsmedien erreicht werden.

Essen steht noch immer am Anfang der Etablierung digitaler Prozesse und Angebote für Bürger sowie für Unternehmen und Institutionen. Der Essener Platz 52 von 81 deutschen Großstädten durch den Branchenverband „Bitkom“ verdeutlicht den immensen Nachholbedarf. Eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie der Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungen besticht durch **Funktionalität, Bürgerfreundlichkeit und Netzsicherheit**. Zur Transformation bislang analoger Interaktionen bedarf es eine Bündelung aller Kompetenzen auf dem Weg zur Smart City Essen.

Eine Bürger-App als Serviceportal vereinfacht Verwaltungsabläufe und baut bürokratische Hürden ab. Außerdem verbindet diese App Angebote im Konzern Stadt, wie die der Ruhrbahn, der Theater und Philharmonie oder der Stadtwerke. Open Data ermöglicht politische Teilhabe und schafft Transparenz in kommunaler Entscheidungsfindung. Angelaufene Programme, wie „Connected.Essen“ und das „Digitale Arbeitsprogramm“ der Stadtverwaltung im Zuge des Projekts **BürgerRatHaus** werden forciert und als zentrale Handlungsverfügung erlassen. Cloudanwendungen, wie zum Beispiel die E-Akte oder Online-Postfächer bieten ressourcen- und personalschonende Arbeitsabläufe. Blockchain und Künstliche Intelligenz werden zum Schlüssel der Bewältigung des Fachkräftemangels in der Stadtverwaltung.

Gleichzeitig liefert die Digitalisierung einen großen Beitrag zur Wirtschaftsförderung im Herzen der Ruhrmetropole. Start-ups und Gründer nutzen kommunale Netzwerke und schaffen Arbeitsplätze. Kooperationen mit den Hochschulen, Großkonzernen und mittelständischen Unternehmen sorgen für neue Wirtschaftskraft und stellen zukunftsweisende Jobangebote.

4. Existenzgründungen und Ansiedlungen statt steuerlicher Mehrbelastungen

Wir wollen die Gründerkultur in Essen stärken und die Chancen von Start-ups für Wachstum und Beschäftigung nutzen.

Viele internationale Industriekonzerne, die jahrzehntelang für Wohlstand und Wachstum gesorgt haben, stecken in einer tiefen Krise. In der Folge haben Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren vor Ort deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt gelegen. Ein Grund für die Probleme ist die **Selbständigenlücke** und eine zu schwach ausgeprägte Gründungskultur. Für Existenzgründungen, beispielsweise bei innovativen Start-ups, mangelt es noch immer an optimalen Rahmenbedingungen und an starker politischer Unterstützung. Gemäß aktueller KfW-Studie lauten die Hauptprobleme für Unternehmensgründungen **bürokratische Hürden** sowie mangelnde kaufmännische und fachliche Qualifikationen durch eine zu geringe Vermittlung von unternehmerischen oder technischen Kompetenzen in den Schulen und Universitäten mit deren schlechten Förderbedingungen. Die FDP setzt sich für das richtige Klima einer ausgeprägten Gründer- und Unternehmerrkultur ein.

**Gründern
hier einen
Grund
geben.**

Unsere Stadt Essen braucht ein Handlungsprogramm zur Stärkung der Innovations- und **Gründungskultur**. Es geht dabei nicht darum, Vorhandenes aufzugeben, sondern an alte Stärken anzuknüpfen und um neue Geschäftsideen zu ergänzen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze versprechen.

Zur Umsetzung dieser Ziele schlägt die FDP nachfolgende Initiativen vor, die in der Stadt Essen von Kammern, Verbänden und der Verwaltung ergriffen werden sollten: **Gründerberatung, bedarfsgerechte Errichtung von Gründerzentren, Befreiungsregelungen von Bürokratie** in den ersten Jahren nach der Unternehmensgründung, Kontaktherstellung und Projektbegleitung bei der Erschließung von Förderprogrammen, Bereithaltung hinreichender Gewerbeflächen für spätere Unternehmensexpansionen und Forcierung einer optimalen Netzabdeckung.

Neben allgemeiner Gründungsförderung ist es sinnvoll, bei der spezifischen Förderung nicht mit der Gießkanne vorzugehen, sondern Fördercluster zu bilden. Dort profitieren Neugründungen und etablierte Unternehmen von starken Netzwerken, Synergien und Kooperationen. Außerdem trägt dies zu einer effizienteren Verwendung von Fördermitteln bei. Ferner wirkt ein solches Cluster dem im Ruhrgebiet bekannten Problem des nicht immer produktiven Konkurrenzdenkens entgegen. In Essen bieten sich beispielsweise Start-up-Cluster in den Themenfeldern Energie, Mobilität und Gesundheit an. Entscheidend sind oft das passende Gründungsklima und die richtige Ansprache von potentiellen Gründungswilligen, ihre Geschäftsidee vor Ort zu realisieren. Einer Ermutigung und Unterstützung von Start-ups sollten sich möglichst viele Essener Verantwortungsträger in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verpflichtet fühlen. Dazu möchten wir mit einer Imagekampagne „Pull-Effekte“ erzeugen, um Gründern Perspektiven aufzuzeigen.

5. Mobilitätsfördernde Verkehrspolitik für eine Mobilität der Zukunft

Die FDP Essen versteht Mobilität als ein Grundbedürfnis der Bürger sowie der Wirtschaft. Mobilität ermöglicht gesellschaftliche **Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum**. Diese Aspekte sind zentrale Bezugspunkte unserer verkehrspolitischen Ansätze.

Wir sprechen uns für die digitale Vernetzung zwischen Infrastruktur und Verkehrsteilnehmern aus, um den Verkehr mit **intelligenten Leitsystemen** effizienter steuern zu können. In digitalen Megatrends wie zum Beispiel Big Data und Künstlicher Intelligenz sehen wir vielfältige Chancen für unsere Stadt, die unter Wahrung sich wandelnder Datenschutzerfordernissen einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt leisten können. So fordern wir die Erprobung von vernetzten Ampelsystemen im Essener Stadtgebiet und bis 2025 Tempobeschilderung, wo sinnvoll, durch digitale Schilder zu ersetzen.

Den Ausbau der E-Mobilität in Essen fördern wir; sie kann aber nicht der alleinige Lösungsansatz der individuellen Mobilität sein. Wir wollen die **Offenheit gegenüber verschiedenen Antriebstechnologien** erhalten und setzen uns für eine ideologiefreie Verkehrspolitik ein. So könnte auch der Wasserstoffantrieb eine zukunftsfähige Alternative sein. Insbesondere Erdgas und Flüssiggas (LNG) sind schon jetzt einsatzfähige Alternativen.

In Ergänzung zu den bereits eingerichteten Teststrecken für autonomes Fahren in Nordrhein-Westfalen setzen wir uns für ein Essener Pilotprojekt zur Nutzung vollautomatisierter und autonomer Fahrsysteme in innerstädtischen Räumen ein. Dazu soll, gerade im Hinblick auf mögliche Olympische Spiele, auch die Entwicklung von autonomem ÖPNV in Essen vorangetrieben werden.

Die Entwicklung und Erforschung von Drohnen für den Transport von Gütern und auch von Personen begrüßen wir als Freie Demokraten ausdrücklich. Deshalb soll die Stadt Essen dafür geeignete Flächen identifizieren und sich für die Schaffung eines Modellversuchs für kommerziell genutzte Drohnen einsetzen.

Unsere Luft vor Staus schützen.

Angesichts des Ausbaus der A44 im Süden und der A52 im Norden unserer Stadt sprechen wir uns für den **A52-Weiterbau** vom Autobahndreieck Essen-Ost zum Autobahnkreuz Essen-Nord in Tunnellage aus. Neben dem A52-Weiterbau fordern die Freien Demokraten den Bau des **Ruhralleetunnels**, der die Lebensqualität der Anwohner und die Reinhaltung der Luft ebenfalls entscheidend verbessern kann. In Verbindung mit der Durchstreckung der A52 entsteht eine durchgängige Nord-Süd-Tangente, die den klassischen innerstädtischen Verkehr entlastet und neuen Mobilitätskonzepten entsprechenden Freiraum bietet.

Der ÖPNV in Essen muss **flexibler, zuverlässiger und individueller** werden, um den sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Hierzu fordern wir eine bessere Vernetzung mit dem ÖPNV-Netz unserer Nachbarstädte, um ein gemeinschaftliches und attraktives Mobilitätsangebot für das Ruhrgebiet zu

schaffen. Zudem setzen wir uns für mehr Wettbewerb im kommunalen ÖPNV ein, bei gleichzeitigem Verbleib der Verkehrswege in kommunalem Eigentum.

Wir begrüßen **Bürgerbuskonzepte** in privater Trägerschaft als Alternative zum kommunalen ÖPNV-Netz. In Ergänzung hierzu kann es rentabler sein, auf bestimmten Strecken bereits früher am Abend auf das Nachtexpressnetz umzustellen oder Fahrten bedarfsgerecht als TaxiBus durchzuführen. Wir möchten, dass schwach genutzte Linien ganztägig als TaxiBus angeboten oder auf das Anrufsammeltaxi-System (AST) umgestellt werden können. In einer innovativen Nutzung von ÖPNV-Infrastruktur sehen wir Chancen. Zum Beispiel könnten Paketlieferungen an Packstationen an U-Bahnhöfen per U-Bahn nach der Zeit für Personenbeförderung passieren.

Für die Nutzung streben wir mittelfristig kostendeckende Preise an. Wir begrüßen hierbei an der Nachfrage orientierte Preismodelle, die die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel verbessern und einen Beitrag zu einem vielfältigen Mobilitätsangebot liefern. Langfristig streben wir die vollständige Privatisierung des ÖPNV in Essen an.

Wir Freie Demokraten sehen in den neuen und disruptiven Mobilitäts- und Beförderungskonzepten große Chancen und setzen uns dafür ein, das in Teilen nicht mehr zeitgemäße Personenbeförderungsgesetz zu modernisieren. Wir befürworten die Angebote und Ansiedlung dieser Unternehmen auch in unserer Stadt.

Wir setzen uns für die **Chancengerechtigkeit** der verschiedenen Verkehrsträger ein und lehnen feste Quoten für Fortbewegungsmittel ab, wie sie im Modal-Split für Essen angestrebt werden. Die Schaffung von Umweltpunkten im Essener Stadtgebiet sehen wir kritisch und erachten diese als nicht zielführend. Dennoch sind wir offen für sinnvolle Vorschläge.

Die FDP tritt dabei für einen **fairen Wettbewerb aller Verkehrsträger** in unserer Stadt ein, die dazu beitragen, das Mobilitätsbedürfnis der Bürger zu erfüllen. Wir streben eine bedarfsgerechte Infrastruktur für die jeweiligen Verkehrsmittel an und lehnen politische Vorgaben für eine ideologische Verkehrswende ab. Fahrverbote für die Stadt Essen lehnen wir ab, da diese Probleme nur verlagern, zu einer Quasi-Enteignung der Bürger führt und die Akzeptanz für wirkliche Klimaschutzmaßnahmen verringert.

Die FDP respektiert die freie Entscheidung der Bevölkerung für die Wahl der unterschiedlichen Verkehrsträger, abhängig von ihrem konkreten Einsatzzweck. Nach Auffassung der FDP liegt die Zukunft in einer abgestimmten **Angebotsvielfalt moderner Mobilität**, die wir in Essen verstärkt ermöglichen wollen.

Vor diesem Hintergrund lehnt die Essener FDP den aktuellen Radentscheid ab, der auf eine politisch gewollte Verdrängung einzelner Verkehrsmittel setzt und unfinanzierbare Forderungen stellt. Hingegen unterstützt die FDP weiterhin sinnvolle Maßnahmen zum Ausbau des Radverkehrs in Essen und zur Erhöhung von dessen Verkehrssicherheit, beispielsweise auf Schulwegen.

Wir fordern alle vorgenannten Elemente für moderne und attraktivere Mobilität, den bestehenden Nahverkehrsplan und den „Masterplan Verkehr“ der Stadt Essen in einem ganzheitlichen **Masterplan Mobilität** in Essen zusammenzuführen. Neue städteplanerische Projekte sind dabei kontinuierlich in einen fortlaufend weiterzuentwickelnden Mobilitätsplan zu integrieren. Wir begrüßen ferner die sinnvolle Vernetzung und den Ausbau der Essener Radwegeinfrastruktur, solange diese nicht ideologisch, sondern verkehrsplanerisch sinnvoll geschieht.

6. Stadtentwicklung und Gewerbeansiedlung als Zukunftsgestaltung

Stadtentwicklung und Stadtplanung bedeutet für eine Großstadt wie Essen **Zukunftsgestaltung**, um auch künftig eine lebenswerte Stadt zu erhalten und diese weiter zu entwickeln. Die Stadtentwicklung muss sich an den zukünftigen Herausforderungen angesichts des demographischen Wandels orientieren. Essen ist seit einigen Jahren wieder eine wachsende Stadt. Wir fordern daher eine Politik der Stadtentwicklung, die das **Wirtschaftswachstum in Essen beschleunigt**. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen müssen die vorhandenen Ressourcen möglichst optimal eingesetzt werden, um auch dann noch **Entwicklungsprozesse** für diese Stadt möglich zu machen, wenn die dafür benötigten Mittel nicht mehr oder nur noch sehr beschränkt zur Verfügung stehen.

**Für eine
Heimat
voll von
Eigentümern.**

Die Stadtentwicklung muss sich an den zukünftigen Herausforderungen angesichts des **demographischen Wandels** orientieren. Wir wollen leerstehende Wohngebäude und -flächen an der A 40 für Büro- und Gewerbeansiedlung umwidmen. So wird die Ausweisung derzeitiger Grünflächen für notwendige Gewerbeansiedlung vermieden.

Die Zukunft der Stadt beginnt in den Stadtteilen. Ein **lebenswerter Stadtteil** ist attraktiv für Jung und Alt. Wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote sorgen dafür, dass sich auch die wachsende Zahl von älteren Mitbürgern in ihrem Stadtteil wohl fühlt und nicht fürchten muss, aus ihrer gewohnten Lebenswelt gerissen zu werden und den Alltag nicht mehr eigenständig meistern zu können.

Der Essener **Wohnungsmarkt** ist gespalten: Während im Norden ein Nachfragemangel herrscht, kann die Nachfrage im Süden nicht ausreichend bedient werden. Es gibt einen **Bedarf an qualitätvollen Neubauwohnungen in guten Lagen** sowie einen Angebotsmangel bei qualitätvollen Altbau- und Neubauwohnungen. Um attraktiven Wohnraum anbieten zu können, ist es notwendig, **ausreichend Flächen für hochwertige Wohnbebauung** zur Verfügung zu stellen. In Quartieren mit hohem Parkdruck erwarten wir von der Stadt eine Problemlösung durch GPS-Systeme und Stadtteilgaragen.

Die FDP fordert einen **Masterplan zur Erschließung neuer und Revitalisierung vorhandener Flächenpotentiale** für Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung. Zahlreiche unsachgemäße Beschränkungen für Neubaugebiete durch den Regionalen Flächennutzungsplan und Regionalplan des Regionalverbandes Ruhr (RVR) müssen entfallen. Gewerbeansiedlung sollte durch konsequente Altlastensanierung ermöglicht werden.

Der **Baldeneysee** ist für Essen ein Juwel, das stärker genutzt werden muss. Die ersten Schritte sind mit dem Entwicklungskonzept für einen Teilbereich des Seeufers vom Regattaturm bis Schloß Baldeney bereits gemacht, die Umsetzung und Entwicklung weiterer Teilstücke verfolgt die FDP mit Nachdruck.

7. Wirksamer Umweltschutz statt Verbotspolitik

Liberaler sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der **natürlichen Lebensgrundlagen** setzen die Liberalen auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen.

Die Lösung globaler Umweltprobleme, wie zum Beispiel der **Klimaschutz**, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das meiste erreicht werden kann.

Wir setzen uns für einen verstärkten Forstschutz ein und unterstützen deshalb Wiederaufforstungsmaßnahmen. Konkret fordern wir die effektive und sinnvolle Begrünung von Verkehrsinseln und anderen Grünstreifen mit Pflanzen die viel **CO²** filtern. Außerdem wünschen wir uns ein Programm zur Begrünung von Bus- und Bahnhaltstellen mithilfe eines Sponsoringkonzepts. Für die Stadt sollen keine Kosten entstehen.

Sinnvollen Konzepten zur Dach- und Fassadenbegrünung stehen wir positiv gegenüber. Wir möchten die Gruga mit mehr Wildwiesen ausstatten, um das stärkste innerstädtische Bienenschutzresort in NRW zu schaffen. Auch im weiteren Stadtgebiet fordern wir, wo angebracht, die Einrichtung von pflegearmen Wildwiesen.

Eine **Symbolpolitik** ohne echten nachhaltigen Nutzen für die Umwelt, wie zum Beispiel eine vollflächige Umweltzone, sollte nicht eingerichtet werden. Ein umweltschonendes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbewusstseins bringt langfristig häufig mehr als reine Verbotspolitik.

Auf Grundlage eines klugen **Müllmanagements** soll erreicht werden, dass sich die Gebühren für die Müllabfuhr nicht weiter erhöhen. An städtischen Mülleimern, zum Beispiel an Bahnhöfen, fordern wir die Einrichtungen von Pfandringen.

8. Leistungsfähige und vielfältige Kulturangebote

Kultureinrichtungen benötigen auch in Zukunft Gestaltungsspielräume und müssen leistungsfähig, gleichwohl aber bezahlbar bleiben. Um dies zu garantieren, bedürfen sie einer **wirtschaftlichen Organisation**, damit der weitere Anspruch der Haushaltskonsolidierung auch in diesem Feld nicht aufgegeben werden muss.

Die ersten Weichen dafür sind gestellt: das Aalto-Musiktheater, das Aalto-Ballett, die Essener Philharmoniker, das Schauspiel sowie die Philharmonie bilden unter dem Dach der **Theater und Philharmonie Essen (TuP)** einen der größten Theaterbetriebe und haben in den vergangenen Jahren einen finanziellen Konsolidierungsbeitrag geleistet. Ziel der FDP ist es, zeitnah auch die Werkstätten im Theaterbereich zusammenzulegen.

Die FDP will die 15 **Stadtteilbibliotheken** als kleine dezentrale Kulturzentren auch in Zukunft erhalten.

Im **Haus der Essener Geschichte** sind sämtliche stadtgeschichtliche Archive vereint und bieten interessierten Bürgern, Geschichtsvereinen, Schulen und Hochschulen interessante Forschungsmöglichkeiten. Um das Haus der Essener Geschichte einer breiten Öffentlichkeit zu öffnen, ist das Engagement Ehrenamtlicher einzubeziehen. Das Haus der Essener Geschichte sollte wie die Alte Synagoge, das Schloß Borbeck und weitere Kultureinrichtungen dem Kulturbüro zugeordnet werden.

Die weitere Entwicklung der **Zeche Zollverein** als Symbol für Industriekultur und Sinnbild für das neue Ruhrgebiet findet die Unterstützung der Essener FDP. Fördermittel wurden und werden hier gut investiert.

Die **freie und private Kulturszene** ist ein wichtiger Faktor im kulturellen Leben der Stadt Essen. Ohne den freien Kulturbereich und private Anbieter wäre das kulturelle Angebot erheblich eingeschränkt und von weniger Vielfalt, Qualität und Quantität geprägt. Eine angemessene finanzielle Förderung der freien Kulturträger bietet Künstlern und Kulturschaffenden Möglichkeiten zur Entfaltung. Die FDP setzt sich dafür mit dem dennoch nötigen finanziellen Augenmaß in den zuständigen Gremien ein.

Durch viele Initiativen und Projekte verbessert sich das kulturelle Angebot der Stadt und damit die Lebensqualität. Diese **kulturelle Vielfalt** muss daher bewahrt werden. Dazu ist auch eine enge Kooperation der kulturellen Einrichtungen und Anbieter in der Ruhrregion erstrebenswert. Auch **private Kultureinrichtungen** müssen gefördert werden. Ihr Wettbewerb mit den subventionierten öffentlichen Anbietern ist notwendig. Wir wollen ein Kulturangebot, das breit von allen Bürgern mitgestaltet und getragen wird.

9. Ehrenamt und Generationendialog unterstützen

Wir bauen auf den mündigen Bürger. Die **freie Bürgergesellschaft** lebt von seiner individuellen Stärke, seiner Bereitschaft, Verantwortung für sich und seine Mitbürger zu übernehmen, seinem Engagement, alleine oder in freiwilliger Gemeinschaft mit anderen. Die Bürgergesellschaft entsteht vor Ort aus dem Miteinander und Füreinander mündiger Individuen. Wir alle profitieren vom Einsatz Ehrenamtlicher in unserer Stadt.

Die FDP setzt auf das friedliche Miteinander aller Generationen in ihren Stadtteilen. Alle Probleme sollen möglichst bürgernah vor Ort geregelt werden. Hierzu unterstützt die FDP das ehrenamtliche Engagement, **Nachbarschaftsprojekte und die Aktivitäten im Vereinsleben**. Gerade die **Ehrenamtlichkeit** leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass soziale Hilfen und Unterstützung für die Bedürftigen in der Gesellschaft dort ankommen, wo sie benötigt werden.

10. Innenstadtoffensive

Essen braucht wieder eine **lebendige Innenstadt**.

Auf dem Weg dorthin sollte überprüft werden, an welchen Stellen die **Erreichbarkeit** der innerstädtischen Unternehmen und Wohnungen durch eine Teilöffnung gesperrter Flächen verbessert werden kann. Unser Ziel ist es, Bürger in Essen verkehrstechnisch nicht nur um die Innenstadt herumzuführen, sondern hineinzulassen, um die Zugänglichkeit, Verweildauer und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Das bedeutet, dass die Innenstadt wieder erlebenswert wird, wenn zugleich das aktuell an vielen Stellen fehlende Ambiente entsteht. Eine **Einkaufsstadt sollte den Mobilitätsbedürfnissen potentieller Kunden gerecht werden und darf Autos nicht auf die grüne Wiese verbannen**.

Wir wollen die nördliche Innenstadt als Kneipen- und Szeneviertel entwickeln. Dazu ist es erforderlich, die Sicherheit und Sauberkeit deutlich zu verbessern. Für ein umfassenderes Verständnis von Attraktivitätssteigerung der Stadtmitte darf nicht allein die Einkaufsfunktion betrachtet werden. Die Innenstadt muss stärker als **Wohnbereich entwickelt** werden. Dazu gehört es, sowohl das Wohnraumangebot als auch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern.

Ein wesentlicher Baustein dieses Konzeptes sollte die Neugestaltung der Hollestraße als künftige Trasse der Bahnhofstangente werden. Die nachhaltige Reinigung und sinnvolle Nutzbarmachung der Bahnhofskatakomben, die gegenwärtig als **Schandfleck** wahrgenommen werden, sollte in Abstimmung mit der Deutschen Bahn Vorrang haben.

11. Sicherheit und Sauberkeit verbessern

An gefährlichen Orten kann die Videoüberwachung ein geeignetes Instrument sein zur Steigerung der Sicherheit. Dieses darf aus Sicht der FDP aber erst erfolgen, wenn andere, mildere Maßnahmen bereits ausgeschöpft wurden oder nach einer kritischen Abschätzung keinen Erfolg versprechen.

Polizei
+ Ordnungsamt
= Sicherheit

Eine zeitnahe **Beseitigung von Graffiti** im öffentlichen Raum halten wir für unumgänglich, um einer fortschreitenden Verwahrlosung von Quartieren entgegen zu treten. Für diese Maßnahme der Sauberkeit sind zusätzliche Finanzmittel im Stadthaushalt bereit zu stellen.

Für uns Freie Demokraten steht es außer Frage, dass es ohne Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum keine Freiheit gibt.

Die aktuellen Entwicklungen in der Stadt Essen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie und der Bekämpfung von kriminellen Strukturen, gerade auch im öffentlichen Raum, machen deutlich, dass die Konzepte der zuständigen Behörden zwar an Wirksamkeit zugenommen haben, jedoch über alle Problemfelder hinweg, einer stetigen Optimierung bedürfen.

Deswegen fordern wir den weiteren **Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes** (KOD). Dieser sollte auf mindestens 100 operativ einsetzbare, voll ausgebildete Bedienstete aufgestockt werden. Ziel muss sein, alle Stadtteile in Essen zu den relevanten Zeiten zu bestreifen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Überwachung der Sauberkeit und Ordnung in den vielen Parkanlagen und im Bereich der ausgedehnten Grünflächen der Grünen Hauptstadt 2017 zu legen.

Der Kommunale Ordnungsdienst muss sich auch verstärkt den immer wieder anzutreffenden wilden **Müllkippen** auf den Wegen und in den Grünanlagen zuwenden, die Verursacher ermitteln und einer konsequenten Ahndung zuführen. In diesem Zusammenhang sind auch die Essener Entsorgungsbetriebe (EBE) gefordert. Unter aktuell neuer personeller Führung müssen Möglichkeiten gefunden werden, ohne weitere Belastung der Gebührenzahler die Stadt schnell und nachhaltig von wilden Müllablagerungen zu befreien. Aktionen wie „Essen bleibt sauber“ müssen verstetigt werden, **Straßenreinigungseinsätze** neben den üblichen Intervallen dürfen keine Ausnahme bleiben.

Wir wollen dem punktuellen Verfall der Stadtinfrastruktur und ihrer Bausubstanz mit konstruktiven Ideen und unter Mitwirkung von privaten Investoren entgegenwirken, die Allgemeingültigkeit der „Broken Windows Theorie“ darf sich in unserer Stadt nicht bestätigen.

Dem Bedürfnis der Bürger nach subjektiver und objektiver Sicherheit muss die Stadt durch eine verstärkte Zusammenarbeit der eigenen Verwaltungsbereiche, wie der Ausländerbehörde, dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt und beispielsweise dem Kommunalen Integrationszentrum nachkommen. Hier gilt es, insbesondere alle Möglichkeiten der Prävention auszuschöpfen, um Zustände wie im Bereich der vor Ort ansässigen Großfamilien zurückzudrängen und keine neuen kriminellen Strukturen entstehen zu lassen oder vorhandene resignativ hinzunehmen. Die FDP fordert eine **rigorose Bekämpfung der Clan-Kriminalität und ihrer illegalen Geschäftsfelder**.

Nach aktuellen Befunden des Landeskriminalamtes (LKA) hat die Clan-Kriminalität ihren landesweiten Schwerpunkt im Ruhrgebiet. Neben offen illegalen Aktivitäten (wie Rauschgifthandel, Glücksspiel, Menschenhandel, Raub, Körperverletzung, Erpressung oder Sozialleistungsbetrug) betreiben kriminelle Clan-Mitglieder auch nach außen scheinbar legale Geschäfte (wie Autohandel, Shishabars, Barbershops, Sicherheitsdienste oder Schlüsseldienste), häufig mit dem Ziel zu betrügen, Geld zu waschen oder als Tarnung für kriminelle Vorhaben. Diesen Entwicklungen gilt es zeitnah mit allen Mitteln und aller **Konsequenz des Rechtsstaates** unter Einhaltung einer **Null-Toleranz-Strategie** entgegenzuwirken. Daher sind der 360°-Ansatz und die ebenenübergreifende Kooperation von Sicherheitsbehörden, Zoll und Steuerfahndung fortzusetzen und konsequent auszubauen. Die FDP lehnt als Rechtsstaatspartei eine Paralleljustiz entschieden ab. In Essen darf nicht das Gesetz von Clans und sogenannten Friedensrichtern gelten, sondern allein das Gesetz des Staates, das es durchzusetzen gilt.

**Ordnungsamt
stärken,
Straßenkriminalität
schwächen.**

An dieser Stelle wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Essener Polizeibehörde die aktuelle Form ihrer Flächenstruktur überdenkt und die in den letzten Jahren in den Stadtteilen geschlossenen Polizeiwachen wieder aktiviert. Die Präsenz der Sicherheitskräfte muss materiell vor Ort verstärkt werden. Das zwischenzeitlich stark

abhanden gekommene subjektive Sicherheitsgefühl muss der Bevölkerung durch die sichtbare Präsenz der Sicherheitskräfte wiedergegeben werden. In unserer Stadt darf es **keine „No-Go-Areas“** geben.

Weitere wesentliche **Bestandteile der Sicherheitsstruktur** sind die Berufsfeuerwehr, die freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und die vielen Sanitätsdienste, die unschätzbare Leistungen zum Wohle der Bevölkerung erbringen. Hier setzen wir auf die Stärkung des Ehrenamtes einerseits und die im Zuständigkeitsbereich der Kommune liegende materielle Ausstattung ihrer Rettungskräfte andererseits. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich diese immer auf dem höchsten technischen Niveau befindet.

Ganz besonders ist es uns jedoch wichtig und das gilt über alle Bereiche hinweg, dass Beschäftigte der Sicherheitsstruktur die ihnen gebührende **Wertschätzung** erfahren und keinen Anfeindungen ausgesetzt werden. Wer Einsatzkräfte physisch angreift oder diskreditiert, stellt sich außerhalb der demokratischen Solidargemeinschaft und muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden. Einsatzkräfte denunzierende ACAB-Schmierereien im öffentlichen Raum sind zeitnah zu entfernen.

12. Servicestelle Stadtverwaltung

Wir stehen für eine **schlanke und moderne Stadtverwaltung** in Essen. Neue Kommunikationsformen ermöglichen einen komplikationslosen Behördenkontakt, der nicht an **Öffnungszeiten** gebunden ist. In einer virtuellen Verwaltung können die meisten Angelegenheiten auch online bearbeitet werden. Wenn es um Entbürokratisierung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren geht, dann spielt das **digitale Rathaus** eine zentrale Rolle. Wir wollen ein Programm „E-novation **Bürgernähe**“. Alle zentralen Behördenangelegenheiten sollen auch online möglich sein. Mehr Effizienz kann auch durch eine vernetzte Zusammenarbeit mit anderen Kommunen des **Ruhrgebiets** erreicht werden. Eine schlanke und moderne Stadtverwaltung zeichnet sich auch durch Kosteneffizienz und -transparenz aus.

13. Aktivierende Sozialpolitik

Eine wirksamere Kontrolle der Bezüge von Sozialleistungen ist geboten. Wir müssen soziale Hilfen auf die wirklich Bedürftigen und nicht die Findigen konzentrieren. Gegen **Sozialleistungsmissbrauch** gehen wir konsequent vor. Insbesondere bei Sozialleistungen für Kinder muss sichergestellt sein, dass die Mittel tatsächlich beim Kind ankommen und bestimmungsgemäß zur Förderung seiner Bildungslaufbahn verwandt werden. Freiwillige Leistungen müssen zweckgebunden und zielgerichtet zum Einsatz kommen.

In der gesamten Sozialpolitik muss der Grundsatz „Fördern und Fordern“ konsequent Anwendung finden. Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität sind die tragenden Prinzipien unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wir stehen für eine Gesellschaft ein, in der jeder echte, faire Chancen hat – unabhängig von Herkunft und Umfeld. Wir wollen für alle Menschen die begründete Hoffnung auf sozialen Aufstieg erneuern.

Leider liegt in Essen die Quote der Empfänger von ALG II und Grundsicherung noch immer über dem Landesdurchschnitt. Durch das Teilhabechancengesetz konnte die Stadt bislang über 700 Langzeitarbeitslose wieder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen, denn jeder Fall bedeutet eine echte Chance auf ein geregeltes Arbeitsleben. Wir setzen alles daran, dass dieses Programm nach der Corona-Zeit weiter so erfolgreich und intensiv durchgeführt werden kann, denn nur auf diesem Weg können wir unsere hohe Arbeitslosenquote abbauen.

**Sozial
ist, was
Arbeit
schafft.**

14. Funktionierende Integration und Migration ohne Überforderung

Essen ist eine plurale Stadt mit einer langen Tradition der Einwanderung. Erst kamen Menschen insbesondere aus Osteuropa in das Ruhrgebiet, und dann siedelten sich durch den Bergbau nach und nach die Gastarbeiter an, die gekommen sind, um zu bleiben. Damals wie heute ist der Erwerb der deutschen Sprache der Schlüssel für eine gelingende Integration.

Daher wollen wir der **Sprachförderung** ein besonderes Gewicht beimessen als einen ersten Baustein des Bildungsangebots. Durch den Erwerb der deutschen Sprache können dann weitere Schritte unternommen werden, um Aufstiegschancen zu ermöglichen. Sport- und Kulturangebote sollen zur gesellschaftlichen Teilhabe beitragen. Eine verfehlte Migrationspolitik würde unsere Gesellschaft vor generationenübergreifende Herausforderungen stellen. Entstehung von **Parallelgesellschaften** durch patriarchale Strukturen und religiösen Fundamentalismus und die Verweigerung von Integration und Teilhabe in der Mehrheitsgesellschaft ist für Liberale nicht akzeptabel. Was wir aber akzeptieren ist jedes private Glaubensbekenntnis. Die Anerkennung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Gesetze gelten ausnahmslos für alle Bürger. Wenn Menschen keine Aufenthaltsberechtigung haben, ist es unverantwortlich, diese jahrelang ohne dauerhafte Bleibeperspektive in Essen leben zu lassen. Hier fordern wir eine schnelle Prüfung der Anträge und im Falle einer negativen Entscheidung, eine **zügige Rückführung in die Herkunftsländer** zu realisieren. Eine engere Zusammenarbeit der Essener Ausländerbehörde mit der Zentralen Ausländerbehörde des Landes (ZAB) ist hier erforderlich.

Wir Liberale bekennen uns zu unserer **humanitären Verpflichtung**. Auch in Essen setzten wir uns für den Schutz von Menschen ein, die von **tatsächlicher Verfolgung** betroffen sind. Durch die anhaltende Migrationsbewegung entstehen vielfältige Herausforderung in vielen Bereichen, ob in der Gesellschaft, in der Verwaltung, auf Bundesebene oder Landesebene. Da auf der kommunalen Ebene die Überforderung der Verwaltung und der Gesellschaft für die Menschen sofort spürbar ist, bestehen wir darauf, dass Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung im Interesse aller Beteiligten mit großer Sorgfalt gestaltet werden. Eine **Wohnsitzauflage** in den ersten Jahren nach dem Zuzug befürworten wir, damit alle Kommunen einen fairen Beitrag erbringen. Die Wohnsitzauflage kann den Immobilienmarkt entspannen, Wohnraumverknappung senken und so einen Teil zu dem bezahlbaren Wohnraum beitragen. Die Wohnsitzauflage macht den Anspruch auf Kitaplätze und den jeweiligen Bedarf an Beschulung für die Kommune planbarer.

Wir Liberale wollen die **Migration auch als Chance sehen** für unsere Gesellschaft. Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes Essen. Individualität, Pluralismus, kulturelle und religiöse Vielfalt können unser Zusammenleben bereichern. Wir wollen auch künftig Eingewanderten Chancen eröffnen, sich bei uns Wohlstand zu erarbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Gleichzeitig wollen wir Ihnen die Grundwerte und Regeln vermitteln, an die sich jeder in unserem Land halten muss. Für grundlegende Fragen unseres Zusammenlebens gelten für alle gleichermaßen die Bestimmungen unseres Grundgesetzes. In unserer **offenen und liberalen Gesellschaft ist daher kein Platz für Salafismus, Links- und Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Religionsfeindlichkeit und Diskriminierung** von Menschen aufgrund ihres individuellen Lebensstils.

15. Vielfalt und den demographischen Wandel gestalten

Die Gesellschaft in der Stadt Essen wird zunehmend heterogener. Voraussetzung für ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben ist Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen und Orientierungen. Die FDP ist eine weltoffene Partei, sie tritt daher beispielsweise seit langem für ein sexuell **selbstbestimmtes Leben** ein und begegnet „**LGBTQI+**“ mit Akzeptanz.

Wir sind ferner auf dem Weg zu einer **Gesellschaft des langen Lebens**. Die Bedeutung der älteren Bürger nimmt in Wirtschaft und Gesellschaft zu. Engagement für und von älteren Menschen ist eine Bereicherung für alle. Dazu gehört die Erweiterung der Möglichkeiten für ältere Menschen zur Mitgestaltung und Mitentscheidung in der Kommune. Eine

funktionierende Sozialpolitik in unserer Stadt schließt daher auch die **Seniorenpolitik** mit ein. Rund 140.000 Essener sind älter als 65 Jahre – davon sind mehr als 57.000 Haushalte mit alleinstehenden Personen.

Die FDP will **Mehrgenerationenhäuser** fördern und eine ausreichende Anzahl von Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sicherstellen. Wir achten auf eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ebenso wie auf ein vielfältiges Angebot von Freizeitaktivitäten, die auch ältere Menschen ansprechen.

In der Stadt Essen muss für mehr Sicherheit und die Beseitigung von Gefahrenpunkten sowie für eine **bessere Beleuchtung** von Straßen und Wegen gesorgt werden.

Viele möchten im Alter ihre Erfahrung weitergeben und sich in unser Gemeinwesen einbringen. Ihr Engagement für unser Zusammenleben ist ein Gewinn für alle. Wir unterstützen beispielsweise Projekte wie Nachmittagsbetreuung in Schulen und Kindergärten, Patengroßeltern für Familien oder Berufspatenschaften für Jugendliche beim Berufseinstieg.

Insbesondere die nördlichen Stadtteile verlieren an Attraktivität. Wir wollen aktiv beim **Stadtumbau** gerade in Problemvierteln mitwirken. Wir wollen problematische Quartiere aufwerten mit neuen Ideen, mutigen Visionen und den dafür notwendigen Ressourcen.

16. Demokratie im Wandel – Für eine lebendige Kommunalpolitik in Essen

Der Stadtrat soll nicht nur politisch unsere Stadt verbessern; sondern sollte seine politischen Handlungen stets selbst hinterfragen. Mithilfe einer Kampagne (zum Beispiel Stadt gestalten, Kommunalpolitik machen) möchten wir überparteilich und über Generationen hinweg für ein Engagement in Parteien und Kommunalpolitik werben.

Zudem sollen Debatten im Stadtrat attraktiver gestaltet werden. Dazu fordern wir einmal im Quartal die **Bürgermeisterbefragung**. Hier muss sich der Oberbürgermeister der Stadt Essen ohne vorherige Vorbereitung den Fragen der einzelnen Fraktionen stellen. Zeitlich soll die Mischform aus Befragung und Diskussion insgesamt etwa eine Stunde dauern und besonders attraktiv für die Bürger sein.

Um kommunale Politik auch für junge Menschen greifbarer zu machen fordern wir, wie in zahlreichen anderen Städten bereits erfolgreich etabliert, die Prüfung einer politischen Jugendbeteiligung beispielsweise in Form eines **Jugendbeirats**. Auch können Besuchsprogramme von Schulklassen bei Ratssitzungen Berührungspunkte zur Kommunalpolitik schaffen.

Für eine bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit wird nicht an allen Stellen im Text die Existenz mehrerer Geschlechter erwähnt. Alle Geschlechter sind aber stets gemeint.

Impressum

FDP Essen, Alfredstraße 31, 45127 Essen
www.fdpessen.de | fdp_essen@t-online.de